

RelBib

Bibliography of the Study of Religion

<https://relbib.de>

Dear reader,

This is a self-archived version of the following article:

Author: Nagel, Alexander-Kenneth
Title: “Zur inhaltsanalytischen Erhebung von Netzwerkdaten: Der Bologna-Prozess als transnationales Politiknetzwerk“
Published in: Knoten und Kanten III: sozial Netzwerkanalyse in Geschichts- und Politikforschung.
Bielefeld: transcript Verl.
Year: 2015
Pages: 341 – 371
ISBN: 978-3-8394-2742-2
Persistent Identifier: <https://doi.org/10.1515/9783839427422-011>

The article is used with permission of [transcript Verl.](#) © transcript Verl. 2015

Thank you for supporting Green Open Access.

Your RelBib team

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

Zur inhaltsanalytischen Erhebung von Netzwerkdaten

Der Bologna-Prozess als transnationales Politiknetzwerk

ALEXANDER-KENNETH NAGEL

1. EINFÜHRUNG: POLITIKNETZWERKE ALS HOFFNUNGSTRÄGER DER STEUERUNGSTHEORIE

In den letzten 20 Jahren sind Politiknetzwerke zu Hoffnungsträgern der Steuerungsforschung avanciert: Sie gelten als verlässlicher und verbindlicher als der Markt, zugleich aber als flexibler und innovativer als hierarchische Steuerungsformen. Neuere Steuerungstheorien, begründen die Steuerungsleistung von Politiknetzwerken häufig mit einer spezifischen institutionellen Balance zwischen den „klassischen“ Steuerungsalternativen Markt und Staat. Lässt sich diese Spannung auf Dauer halten, wie es die Betrachtung von Netzwerken als Steuerungsform eigener Art suggeriert? Diese Frage ist letztlich eine Variation eines gewichtigeren soziologischen Leitmotivs, das Helmut Schelsky vor einem guten halben Jahrhundert auf die Formel brachte: „Ist die Dauerreflexion institutionalisierbar?“ (Schelsky 1957). Ob Paarbeziehung, Religionsgemeinschaft oder soziale Bewegung, all diese sozialen Beziehungen sind von dem Wunsch getragen, Innovation und Wandel zu institutionalisieren. Und doch verkehrt sich selbst die flammendste Verliebtheit in Alltagstrott (Kaufmann 1994), die vitalste Religionsgemeinschaft, angetreten die Welt zu überwinden, erstarrt zur Amtskirche und fleht um einen Aufschub des Endes (Nagel 2008b), und noch die

heroischste politische Bewegung verfängt sich im Gerangel um Posten und Pfründe (Gebauer 2003).

Was wie die kulturpessimistische Litanei resignierter Revoluzzer klingen mag, ist de facto nichts anderes als der immer wieder zu belegenden sozialwissenschaftliche Common Sense. Peter Berger und Thomas Luckmann bringen den Zusammenhang einmal mehr auf den Punkt: „Alles menschliche Tun ist dem Gesetz der Gewöhnung unterworfen. Jede Handlung, die man häufig wiederholt, verfestigt sich zu einem Modell“ (Berger/Luckmann 1990: 56) und an späterer Stelle: „Im Prinzip kann jedes Gebiet allgemein relevanten Verhaltens institutionalisiert werden“ (ebd.: 67). Wenn nun Habitualisierung und Institutionalisierung sich selbst in solch intimen und mit emphatischen Prinzipien bewehrten Feldern wie Partnerschaft und Religion Raum greifen, erscheint die Frage berechtigt, warum ausgerechnet Politiknetzwerke und politische Steuerung eine Ausnahme darstellen sollten, die doch seit je von dem Wunsch geprägt sind, aktuelle Machtpositionen auf Dauer zu stellen.

Mit dieser Frage stellt sich zugleich eine methodische Herausforderung: Wie lassen sich Prozesse von Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung (Lepsius 1997) netzwerkanalytisch abbilden? Die sogenannte Relationale Soziologie (Emirbayer 1997, Mützel und Fuhse 2010) betont zwar immer wieder, wie wichtig eine dynamische Perspektive auf soziale Beziehungen ist, belässt es allerdings bei dem vagen Hinweis, dass die Netzwerkanalyse es schon richten wird (Emirbayer 1997: 208). In der netzwerkanalytischen Debatte selbst stehen Längsschnittdesigns schon seit längerer Zeit auf der Agenda, für echte Paneldesigns und die Auswertung mit entsprechender Software, z.B. SIENA, fehlen allerdings in der Regel das Geld und das Know-how (vgl. aber Wäs und Knecht 2010, Lubbers et al. 2010). Eine Alternative zu aufwändigen Paneldesigns auf der einen und fehleranfälligen retrospektiven Befragungen auf der anderen Seite ist die inhaltsanalytische Erhebung von Netzwerkdaten. Im Unterschied zur direkten Befragung sind Inhaltsanalysen nicht-reaktiv und erlauben die Extrapolation von sozialem Wandel (Diekmann 2002: 487).

Ich möchte daher im Folgenden die oben skizzierte Frage als Rahmen nutzen, um eine Strategie zur inhaltsanalytischen Erhebung von Netzwerkdaten vorzustellen, die auch im kleineren Rahmen von Qualifikationsarbeiten zum Einsatz kommen kann und sich insbesondere auch für historische Studien anbietet. Dazu werde ich zunächst den steuerungstheoretischen

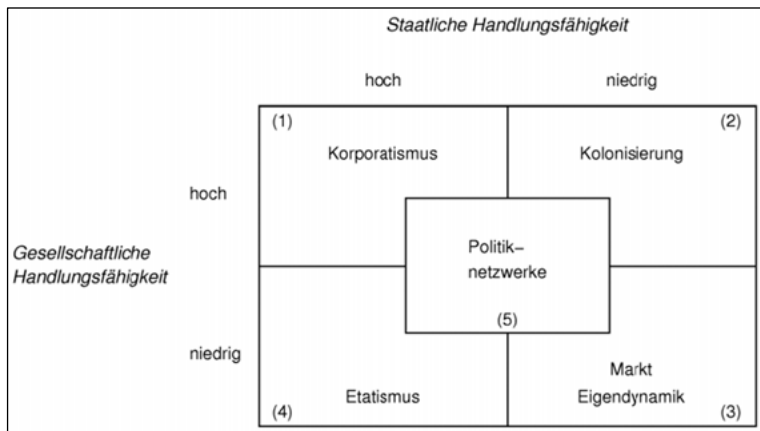
Rahmen zu Netzwerken und politischer Steuerung abstecken und das konkrete Fallbeispiel, den Bologna-Prozess als transnationales Politiknetzwerk, einführen. Anschließend werde ich einen Methodenvorschlag zur Verbindung von Netzwerk- und Inhaltsanalyse in fünf Schritten unterbreiten, wobei sich die allgemeine Darstellung mit konkreten Bezügen zum Fallbeispiel abwechselt. Zum Abschluss präsentiere ich in aller Kürze einige Ergebnisse und erörtere in einem Ausblick weitere Anwendungsfelder der skizzierten Vorgehensweise.

2. DAS FALLBEISPIEL: POLITISCHE STEUERUNG IM BOLOGNA-PROZESS

Der Bologna-Prozess für einen Europäischen Hochschulraum hat durch die Studierendenproteste in den vergangenen Jahren wieder vermehrt Aufmerksamkeit erhalten. Es handelt sich um einen intergouvernementalen Prozess, der im Jahr 1998 offiziell begonnen wurde. Das zentrale Ziel ist die Synchronisierung der Tertiärbildung in den EU-Mitgliedsstaaten von Albanien bis Zypern, um so die Mobilität von Studierenden und Graduierten sowie die Anerkennung von Studienabschlüssen zu gewährleisten. Der Prozess beruht auf der Selbstverpflichtung der beteiligten Länder, die in zweijährlich stattfindenden Ministertreffen in Form gemeinsamer Communiqués konkrete Gestalt annimmt.

Im Bologna-Prozess kommen so unterschiedliche Akteure zusammen wie nationale (oder föderale) Bildungsminister, die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission sowie europäische Interessenverbände von Hochschulen und Studierenden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einzelnen Professionen. Nicht weniger vielfältig als die Akteure sind die Beziehungen, die eine Netzwerkanalyse des Bologna-Prozesses zu berücksichtigen hat. Im hybriden Raum transnationaler Governance sind hierarchische Weisungen ein, aber bei Weitem nicht das wichtigste Steuerungsinstrument. Die Akteure tauschen tangible (Geld/Sachwerte) und nicht-tangible Ressourcen (Informationen/Anerkennung) und begründen auf diese Weise subtile gabenökonomische Abhängigkeits- und Loyalitätsverhältnisse. Sie unterhalten komplexe diskursive Beziehungen, legitimieren einander durch affirmative Sprechakte oder üben politischen Druck aus (Lobbyismus).

Abbildung 1: Staatliche Steuerungsformen



Quelle: Mayntz/Scharpf 1995:24.

Das vielfältige, grenzüberschreitende Setting des Bologna-Prozesses entspricht einigen wichtigen Grundgedanken der neueren Steuerungstheorie. Gegen die klassische Gesetzgeberperspektive, in der sich der Staat als Steuerungssubjekt und die Gesellschaft als Steuerungsobjekt monolithisch gegenüberstehen, geht die Steuerungsforschung heute von einer zunehmenden Differenzierung und Dezentralisierung des Steuerungsgeschehens aus. So unterscheiden Mayntz und Scharpf (1995) idealtypisch fünf Steuerungsformen je nach Ausprägung der staatlichen und gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit (vgl. Abbildung 1).

Ist sowohl die gesellschaftliche (etwa in Form von Gewerkschaften oder anderen Interessenverbänden) als auch die staatliche Handlungsfähigkeit hoch, so können korporatistische Steuerungsarrangements einen Ausgleich zwischen übergeordneten und Partikularinteressen herstellen. Steht dagegen ein schwacher Staat einer starken Gesellschaft gegenüber, kann es leicht zur Kolonisierung von Gemeinwohlinteressen und öffentlichen Gütern durch Sondergruppen kommen. Sofern weder staatliche noch gesellschaftliche Akteure ihre Interessen adäquat durchsetzen können, wird Steuerung von den situativen Logiken und prekären Interessenkonvergenzen des Marktes bestimmt. Trifft schließlich ein starker Staat auf schwach organisierte gesellschaftliche Akteure, erfolgt Steuerung etatistisch, also hierarchisch und bürokratisch. Politiknetzwerke werden als fünfte Steuerungs-

form genannt, liegen aber quer zu den anderen vier Typen. Mayntz und Scharpf beschreiben sie als interaktive Aushandlungsräume, in denen gesellschaftliche und staatliche Akteure gleichermaßen „an der Hervorbringung effektiver Regelungen beteiligt“ seien (Mayntz/Scharpf 1995: 26).

Genau hier aber liegt der steuerungsoptimistische Hase im Pfeffer: Die Effizienz von Netzwerken wird mit ihrer besonderen institutionellen Verfassung begründet, genauer mit ihrer Fähigkeit, zwischen anderen Steuerungsformen zu vermitteln und ihre Nachteile auszugleichen. Anders ausgedrückt:

„Policy networks should be seen as integrated hybrid structures of political governance. Their integrative logic cannot be reduced to any single logic such as bureaucracy, market, community or corporatist association, for example, but is characterized by the capacity for mixing different combinations of them“ (Kenis/Schneider 1991: 42).

Netzwerke erscheinen hier als eine Steuerungsform höherer Ordnung, die Elemente klassischer Formen aufgreift und rekombiniert. Dadurch entstehen zwar höhere Transaktionskosten für die Politikformulierung, zugleich erhöht die pro-aktive Einbeziehung unterschiedlicher Stakeholder aber auch die Implementierungskapazität (ebd.: 43). Kenis und Schneider können zeigen, dass die Unterscheidung von Markt (Wettbewerb), Staat (Hierarchie) und Netzwerken (Gemeinschaft) als typischen „Sozialkonfigurationen“ politischer Steuerung in der Steuerungsforschung allgegenwärtig ist (Schneider/Kenis 1996: 19). Dabei bleibt offen, ob diese Steuerungsformen parallel zueinander existieren und Politiknetzwerke, wie bei Mayntz und Scharpf, eine Art Brückenfunktion erfüllen oder ob sie als „Emergenzstrukturen“ eigener Art eine spezifische und nicht-reduzible Antwort auf die Steuerungserfordernisse moderner Gesellschaften darstellen. Ihre besondere Leistung ist nichts weniger als die Institutionalisierung der Dauerreflexion. In den Worten von Astrid Segert und Irene Zierke: „Die nachhaltige Sicherung der besonderen Flexibilität von Netzwerken sowie ihrer Stabilität gegenüber Umweltzumutungen bedarf der Institutionalisierung ihrer Leitorientierungen sowie der Fähigkeit zum Institutionenwandel“ (Segert/Zierke 2004: 19).

Diese Institutionalisierung des Wandels möchte ich zum netzwerkanalytischen Gegenstand machen. Im Anschluss an die eingangs skizzierten

Überlegungen von Berger und Luckmann zur Habitualisierung sozialer Beziehungen gehe ich davon aus, dass Politiknetzwerke ihre institutionelle Spannung zwischen Markt und Staat nicht halten können, sondern einem vitalen Strukturwandel unterliegen (i). Dieser Wandel vollzieht sich in Form einer kontinuierlichen Stabilisierung und Formalisierung der politischen Interaktion im Netzwerk (ii). Daraus ergibt sich die methodische Herausforderung, diese Prozesse netzwerkanalytisch messbar zu machen und dynamische Gesamtnetzwerkdaten zu erheben. Im Anschluss an linguistische Debatten gehe ich davon aus, dass sich diese Daten inhaltsanalytisch erheben lassen (iii) und sich durch die Verbindung von Netzwerkanalyse und quantitativer Inhaltsanalyse valide und reliable Aufschlüsse zum politischen Strukturwandel gewinnen lassen (iv).

3. DIE METHODISCHE HERAUSFORDERUNG: INHALTSANALYTISCHE ERHEBUNG VON WANDEL IN NETZWERKEN¹

3.1 Ausgangspunkt

Die Frage nach dem Wandel von Politiknetzwerken als Steuerungsinstitutionen zwischen Markt und Staat bringt zwei zentrale methodische Herausforderungen mit sich: Zum einen müssen relationale Daten erhoben werden, die den politischen Entscheidungsprozess als komplexen Austauschvorgang und Interaktionszusammenhang erfassen. Zum anderen müssen diese Daten über die Zeit erhoben werden, um Steuerungswandel überhaupt beobachten und messen zu können.²

Für die vorliegende Untersuchung werden Netzwerkdaten inhaltsanalytisch erhoben. Als Material dienen Zeugnisse der politischen Debatte wie

1 Zum Folgenden vgl. auch Nagel (2009: 105ff.).

2 Die Gewinnung und Verarbeitung zeitsensibler Netzwerkdaten ist (neben Fragen der Stichprobenziehung und statistischen Inferenz) auch das zentrale Thema der netzwerkanalytisch-methodischen Debatte. Vgl. hierzu den Sonderband von Jill J. Sutor, Jill J., Barry Wellmann und David L. Morgan (1997): „It’s about time: How, why, and when networks change“ (Social Networks 19).

Kommunikés, Statements und Positionspapiere. Dabei ist die Verbindung von Netzwerkanalyse und Inhaltsanalyse an sich nicht neu. In der Linguistik werden netzwerkanalytische Verfahren schon länger zur Strukturanalyse von Texten als Bedeutungsgeflechten bzw. semantischen Netzwerken eingesetzt (Carley 1997, Henning 2006). Wie hier strukturanalytische Verfahren für linguistische Forschungsinteressen dienstbar gemacht werden, so lassen sich auch umgekehrt linguistische Verfahren für eine Strukturanalyse des politischen Prozesses verwenden. Der Grundgedanke dabei ist, dass relationale Daten inhaltsanalytisch gewonnen werden, indem soziale Beziehungen in ihrer semantischen Repräsentation im Text systematisch erfasst und – mit Blick auf die jeweilige Problemstellung – kodiert werden (Franzosi 2004). Eine sozialwissenschaftliche Anwendung liefert der instruktive Beitrag von Wolfgang Seibel und Joerg Raab zur Arbeitsteilung und Machtdifferenzierung von Verfolgungsnetzwerken im Dritten Reich (Seibel/Raab 2003). Darin kommen die Autoren zu dem Schluss, „dass eine quantitative Netzwerkanalyse zur Beschreibung der Strukturen der Verfolgungsapparate des Holocaust auf der Basis nicht-vorstandardisierter Dokumente durchführbar ist“ (ebd.: 221f.). Darüber hinaus sind sie der Auffassung, eine Netzwerkanalyse sei „nicht nur das verlässlichere Erhebungsinstrument, sondern bei einer großen Anzahl von Dokumenten letzten Endes auch das subtilere“ im Unterschied zu einer „konventionellen Dokumentenanalyse“ (ebd.: 223).

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass eine Verbindung von Inhalts- und Netzwerkanalyse zur Untersuchung institutionellen Wandels durchführbar und angemessen ist. Warum aber die Frontstellung von „quantitativer Netzwerkanalyse“ und „konventioneller Inhaltsanalyse“ anstatt einer Betonung der Potentiale zur Verknüpfung quantitativer und qualitativer Forschungsstrategien, die eine solche methodische Synthese bietet? Die Einschätzung von Seibel und Raab lässt sich als Ausdruck zweier gegenläufiger methodischer Entwicklungen im Bereich der Inhaltsanalyse verstehen: Während die Linguisten mit Franzosi ihren Blickwinkel „from words to numbers“ verschieben und sich in einer Standardisierungsbewegung befinden, ist für den sozialwissenschaftlichen Gebrauch der Inhaltsanalyse der umgekehrte Fall zu beobachten: Das einfache Auszählen von Kernbegriffen in großen Textbeständen, wie es in der politischen Soziologie der 50er-Jahre als Frequenzanalyse gepflegt wurde, wurde schon früh aufgrund seiner semantischen Indifferenz und Kontextblindheit kritisiert (Mayring 2003: 215f.). Eine ers-

te Reaktion war die Kontingenzanalyse, die das überzufällige gemeinsame Auftreten von Begriffen in einem bestimmten Textabschnitt untersuchte, um auf diese Weise die semantische Verknüpfung relevanter Konzepte zu ermitteln (Osgood 1952). Auch spätere Entwicklungen wie die Valenz- oder die Bedeutungsfeldanalyse (Bessler 1973; Weymann 1973) waren darauf gerichtet, semantische, syntaktische und mithin zeichentheoretische Gesichtspunkte stärker zu berücksichtigen.

Die Herausforderung besteht nun darin, linguistisch-semiotische und soziologisch-strukturanalytische Forschungslogiken zusammenzuführen, um zeitsensible, komplexe Netzwerkdaten inhaltsanalytisch erheben zu können. Ich möchte hier eine semiotische Methode struktureller Konnotation vorschlagen, die an die Überlegungen Franzosis (2004: 49ff.) zur Repräsentation von Netzwerkdaten als „*semantic triplets*“ anknüpft und sie um eine weitergehende Betrachtung der syntaktischen und pragmatischen Beziehungen ergänzt. In Anlehnung an gängige Aufbauschemata inhaltsanalytischer Verfahren (vgl. Merten 1995: 165ff.) lässt sich das methodische Vorgehen in fünf Abschnitte gliedern: Netzwerkabgrenzung und Stichprobenziehung (i), Kategorienbildung (ii), Kodierung (iii), Umwandlung in Netzwerkmatrizen (iv) und schließlich die Durchführung der Netzwerkanalyse (v).

3.2 Netzwerkabgrenzung und Stichprobenziehung

Bei der Analyse von Gesamtnetzwerken entscheidet die Netzwerkabgrenzung über das Wohl und Wehe der Untersuchung. Werden Netzwerkdaten durch Befragung erhoben, ist im Vorfeld zu klären, welche Akteure einbezogen werden sollen und welche nicht. Für die inhaltsanalytische Erhebung von Netzwerkdaten, stellt sich entsprechend die Frage, welche Dokumente betrachtet werden sollen. Bevor ein Textkorpus für die Inhaltsanalyse zusammengestellt werden kann, müssen zunächst Kriterien zur Abgrenzung des Bologna-Prozesses als Politiknetzwerk festgelegt werden. Die Abgrenzung des Netzwerkes kann „nominalistisch“, also aufgrund von theoretischen Erwägungen, erfolgen oder aber „realistisch“, etwa durch Experteninterviews (Wasserman/Faust 1995: 31f.).

Der Bologna-Prozess als transnationales Politiknetzwerk zeichnet sich durch ein heterogenes Akteursfeld und einen geringen Bestand formaler Aushandlungsprozeduren aus (Nagel 2009) und hat insoweit relativ offene

Grenzen. Er lässt sich allerdings thematisch und zeitlich abgrenzen. Für die thematische Abgrenzung lassen sich bestimmte politische Ziele unterscheiden, namentlich Anerkennung, zwei- bzw. dreizyklisches Studium, Modularisierung, Mobilität, Qualitätssicherung, die Förderung der europäischen Dimension und Berufsbefähigung. Die zeitliche Abgrenzung beruht auf den prominenten *policy-events* des Prozesses, also vor allem auf den Minister-treffen von Sorbonne bis London. Daraus ergibt sich ein Erhebungszeitraum von 1997 (Vorlauf zu Sorbonne) bis 2006 (Vorlauf zu London). Die Erhebungspopulation umfasst also prinzipiell alle Dokumente aus der politischen Kommunikation des Bologna-Prozess mit den genannten Themen im genannten Zeitraum.

Seibel und Raab betonen die Vollständigkeit des Dokumentensatzes als zentrale Voraussetzung für die Qualität der Erhebungsergebnisse (Seibel/Raab 2003: 200). Es liegt auf der Hand, dass sowohl die Kompilation als auch die Auswertung der hochschulpolitischen Kommunikation über eine Dekade rasch an forschungspraktische Grenzen stößt. Die Herausforderung der *Datenreduktion* stellt sich für die Netzwerkanalyse in besonderem Maße. Anders als Attributdaten erlauben relationale Daten nicht ohne Weiteres statistische Schlüsse von einer Stichprobe auf eine Grundgesamtheit (Scott 2003: 57; vgl. hierzu auch Heidler in diesem Band). Im Anschluss an einen pragmatischen Vorschlag von John Scott votiere ich für eine Verbindung von Schneeball-Sampling und der Identifikation idealtypischer Positionen und Konstellationen im Netzwerk (ebd.: 61ff.). Die initiale Verzerrung des Schneeball-Samplings ist hier weniger problematisch, da mit den offiziellen Websites des Prozesses nicht ein einzelner Akteur, sondern ein breites Forum als Ausgangspunkt zur Verfügung steht, das bewusst nach Teilhabe- und Transparenzgesichtspunkten gestaltet ist. Zugleich ist für die Untersuchung von Strukturwandel im Bologna-Prozess die Betrachtung idealtypischer Positionen und größerer Entwicklungstrends durchaus sachgemäß.

Ausgehend von der Website der Bergen-Konferenz der europäischen Bildungsminister wurden insgesamt 337 Dokumente ausgewählt, die ihrerseits unterschiedlichen Genres zuzuordnen sind.³ Diese unterschiedlichen

3 Die Feinunterscheidung von Textgenres umfasst Erklärungen, Statements, Berichte, Vorträge, Protokolle, Empfehlungen, Teilnehmerlisten, Arbeitsberichte, Tagungsprogramme, Bewerbungen, Mitteilungen, Beschlüsse und Artikel. Dar-

Gattungen politischer Kommunikation – von knappen Positionspapieren bis zu umfassenden Berichten mit mehr als 100 Seiten – unterscheiden sich deutlich in Umfang und Inhalt. Im Folgenden wurde der vorläufige Textkorpus um solche Dokumente bereinigt, die ihrer Form nach einer semiotischen Analyse nicht zugänglich sind (etwa Teilnehmerlisten). Daraus resultierte ein endgültiger Satz von 291 Dokumenten mit insgesamt 3.929 Seiten. Den größten Anteil des Textkorpus machen Statements und Positionspapiere aus, gefolgt von Berichten und interner Dokumentation. Deklarationen und Kommuniqués sind erwartungsgemäß weniger stark vertreten. Diese Zusammensetzung spiegelt die konsultative, offene Struktur des Entscheidungsprozesses wider, in der eine Vielzahl von Stakeholdern ihre Interessen artikulieren. Der Anteil politisch bindender Dokumente wie Kommuniqués ist demgegenüber deutlich geringer, da diese den Endpunkt und gewissermaßen die Synthese einer Verhandlungsrunde darstellen. Politische Kommunikation im Bologna-Prozess ist keineswegs nur eine Angelegenheit nationalstaatlicher oder aber überhaupt staatlicher Akteure. Der größte Anteil der Dokumente stammt von den korporativen Organen des Bologna-Prozesses selbst, also der Follow-up Group, dem Board und dem Sekretariat. Danach folgen Sonderinteressengruppen wie Hochschulen, Studierende, Berufsverbände und Gewerkschaften. Im Dokumentensatz sind also die Strukturwahrnehmungen verschiedenster Akteure repräsentiert.

Es fällt auf, dass die Anzahl relevanter Dokumente mit der Dauer des Aushandlungsprozesses zunimmt. Der Abfall im Jahr 2006 stellt vermutlich keine ‚Sättigung‘ der politischen Kommunikation dar, sondern ist ein Zeichen für einen Sampling-Bias durch die Auswahl der Bergen-Website als Referenzpunkt.⁴ Wegen unterschiedlicher thematischer Schwerpunktsetzungen variieren zudem die beteiligten Organisationen systematisch über die Zeit (Cramers-V = 0,289). Aus diesen Gründen erscheint es sinnvoll,

aus wurden aufgrund der politischen Steuerungsintention vier Überkategorien gebildet (Deklaration, interne Dokumentation, Statement und Bericht).

- 4 Die nationale Zuständigkeit für das Bologna-Sekretariat – und damit für die Pflege der Website – wechselt im Zwei-Jahres-Rhythmus. Gewöhnlich wird für jede Ministerkonferenz eine neue Website aufgelegt, auf der die jeweils aktuellen *policy documents* der etablierten Stakeholder verlinkt sind. Die Folge ist eine Konzentration von Dokumenten zur Zeit der Follow-up-Konferenzen (2001, 2003, 2005).

den Erhebungszeitraum zu Intervallen zusammenzufassen. Historisch-gene-tisch können im Erhebungszeitraum für den Bologna-Prozess drei Entwick-lungsphasen unterschieden werden: Der Inkubationsphase (1997-2000), die mit dem Vorlauf zur Sorbonne-Deklaration ihren Anfang nimmt und mit der Vorbereitung der Prag-Konferenz endet, schließt sich eine Etablie-rungsphase (2001-2003) an, die mit der weit reichenden Einbeziehung neu-er Akteure (etwa der Europäischen Kommission) im Prag-Kommuniqué beginnt und mit der Kanonisierung der politischen Ziele im Berlin-Kom-muniqué endet. Darauf folgt die Konsolidierungsphase (2004 bis 2006), in der die (räumliche und programmatische) Ausweitung des Prozesses hinter Fragen der Implementierung und Vertiefung (etwa die Einbeziehung der Doktoratsstudien) zurücktritt.

Nachdem das Netzwerk über den Dokumentensatz abgegrenzt worden ist, kann die systematische inhaltsanalytische Kodierung beginnen. Dazu bedarf es eines geeigneten Kategoriensystems, das im Folgenden dargestellt und erläutert wird.

3.3 Kategorienbildung

Da Politiknetzwerke aus Knoten (Akteuren) und Verbindungen (Beziehun-gen) bestehen, müssen für beide Komponenten Kategorien gebildet werden, unter die sich die Interaktionsvielfalt im politischen Aushandlungsprozess subsumieren lässt. Diese Kategorien müssen sachgemäß, erschöpfend und disjunkt sein (Diekmann 2002: 100f.). Die zentrale Herausforderung be-steht darin, die theoretische Problemstellung und vorhandenes Vorwissen an die tatsächliche Struktur des politischen Prozesses zurückzubinden (Bi-landzic et al. 2004: 74ff.)

Für den Bologna-Prozess als Politiknetzwerk wurde diese Kategorien-bildung bereits in einer ausführlichen Vorstudie unternommen (Nagel 2006), die sich eng an die vergleichenden Studien von David Knoke, Ed-ward Laumann und anderen anlehnt (Knoke et al. 1996; Laumann/Knoke 1987): *Politische EU-Akteure* sind Organisationen der supranationalen Ent-scheidungsfindung und Willensbildung, etwa das Europäische Parlament oder der Europäische Rat. *Administrative EU-Akteure* sind die ausführen-den Agenturen der EU, allen voran die Europäische Kommission und ihre Untereinheiten, etwa die Generaldirektion Erziehung und Bildung. *Internationale Organisationen* sind alle anderen übernationalen Zusammenschlüs-

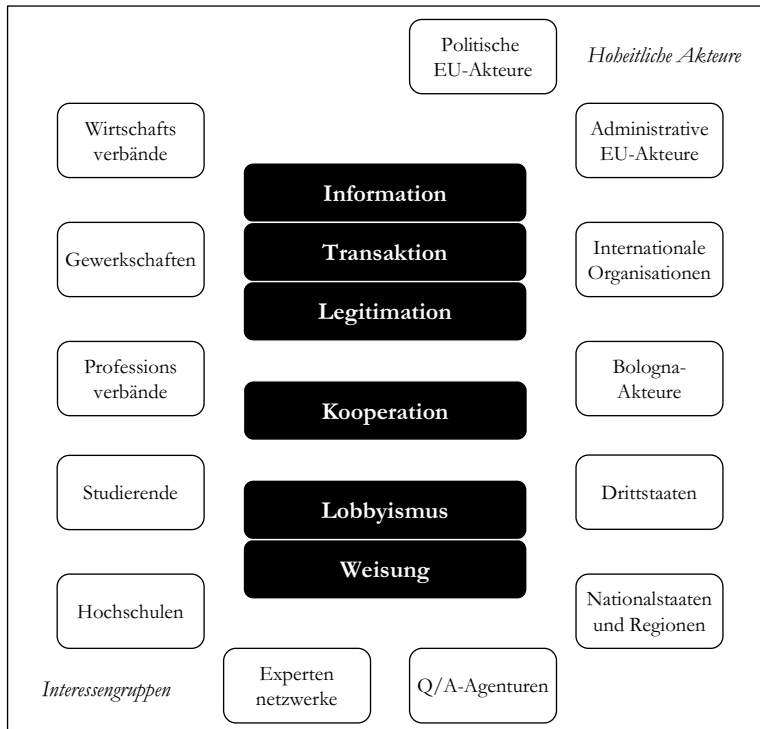
se wie die OECD oder die UNESCO. *Bologna-Akteure* bezeichnen die Kernorgane des Prozesses, also die Follow-up Group, das Board und das Sekretariat. Diese Akteure besorgen die administrative und konzeptionelle Vorbereitung der Ministertreffen. *Drittstaaten* sind Staaten, die zum Erhebungszeitpunkt noch nicht Mitglieder im Bologna-Prozess waren, sich aber um den Beitritt bewerben, etwa Georgien oder die Ukraine. *Nationale und regionale Gebietskörperschaften* umfassen alle administrativen und politischen Organe der am Bologna-Prozess beteiligten Nationalstaaten, allen voran die nationalen oder bundesstaatlichen Bildungsbehörden. *QA-Einrichtungen* sind alle europäischen oder nationalen Organisationen, die primär mit Fragen der Akkreditierung, Qualitätssicherung und Evaluation von Studienprogrammen befasst sind, vor allem die *European Association of Quality Assurance in Higher Education* (ENQA). *Expertennetzwerke* sind Organisationen oder Plattformen, die Informationen zu einem oder mehreren politischen Zielen des Bologna-Prozesses generieren oder verarbeiten (zum Beispiel das Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa, EURYDICE, oder das European Network of Information Centres in the European Region, NARIC). *Interessenverbände der Hochschulen* umfassen neben der *European University Association* (EUA) auch nationale Hochschulverbände sowie einzelne Hochschulen. Entsprechend sind Interessenverbände der *Studierenden* europäische (im Erhebungszeitraum das *European Students Information Bureau*, ESIB) und nationale Zusammenschlüsse von Studierenden. *Professionsverbände* sind Lobbygruppen einzelner Fächer, auf europäischer Ebene etwa die *European Society of Engineering Education* (SEFI). Die Interessenvertretung der *Arbeitnehmer* im Bologna-Prozess umfasst europäische und nationale Gewerkschaften oder Gewerkschaftsverbände wie das *European Trade Union Committee für Education* (ETUCE) oder Education International (EI). Die Interessen der *Arbeitgeber* schließlich werden auf der europäischen Ebene durch die *Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe* (im Erhebungszeitraum UNICE, heute „*Businesseurope*“) vertreten.

Diese Akteure können in den unterschiedlichsten Interaktionszusammenhängen miteinander stehen. Die Bestimmung und Kategorisierung der *Beziehungen* ist gleichermaßen zentral für die Validität und die Aussage der zu gewinnenden Daten wie die Kategorisierung der Akteure. Dabei wird man der Komplexität des Aushandlungsprozesses nur gerecht, wenn man den Austausch materieller und nicht-materieller Ressourcen sowie die sym-

bolische Interaktion im Netzwerk analysiert. Bei Knoke et al. findet sich bereits eine ähnliche Forderung, die allerdings mit dem Verweis auf Datenrestriktionen nur teilweise eingelöst wird. Die Autoren argumentieren zu Recht, dass in einem Interview den Befragten keine Liste aller möglichen Machtressourcen vorgelegt werden könne (Knoke et al. 1996: 191). Hier besteht ein großer Vorzug des inhaltsanalytischen Vorgehens gegenüber der Befragung darin, dass die verschiedenen Beziehungsdimensionen ‚in aller Ruhe‘ aus dem Material extrapoliert werden können.

Für den Bologna-Prozess wurden auf diese Weise sechs Kategorien von Beziehungen identifiziert: Informations-, Transaktions-, Legitimations-, Lobby- und Weisungsbeziehungen (Nagel 2006: 108ff.). *Informationsbeziehungen* sind gekennzeichnet durch Herstellung, Austausch und Weitergabe von kulturellem Kapital über Websites, Berichte, Policy Papers, Studien oder sonstige Medien. Dieses Wissen kann sich auf Vorgänge im Politiknetzwerk beziehen oder auf bestimmte *policy issues*. Es kann sich sowohl um akademisches als auch um Rezeptwissen handeln. *Transaktionsbeziehungen* umfassen die Übertragung von ökonomischem Kapital, also materiellen Gütern oder geldwerten Leistungen. Dazu zählt auch die Organisation und Durchführung von Seminaren und Konferenzen, die regelmäßig personellen und finanziellen Aufwand erfordern. *Legitimationsbeziehungen* zeichnen sich aus durch den Transfer von institutionellem Kapital, etwa durch Gewährung von Mitgliedschaft. Ferner kommen sie in der symbolischen Interaktion korporativer Akteure zum Ausdruck, indem etwa programmatische Übereinstimmung bekundet oder gemeinsame Ziele herausgestellt werden. *Kooperationsbeziehungen* repräsentieren eine generelle, ungerichtete Zusammenarbeit zwischen Akteuren, die sich als reine Informations-, Transaktions- oder Legitimationsbeziehung nicht hinreichend erfassen lässt. *Lobby-Beziehungen* umfassen die aktive Kenntnisnahme und die zielgerichtete und interessengeleitete Einwirkung auf Akteure in Politiknetzwerken. Aktive Kenntnisnahme besteht in der intentionalen Beteiligung an Debatten zu bestimmten *policy issues*, die unmittelbare Einwirkung auf andere Akteure kann durch Anregungen oder Aufforderungen unternommen werden. *Weisungsbeziehungen* schließlich bilden hierarchische Weisungsbefugnisse und -handlungen ab. Im Unterschied zur Lobbybeziehung ist die Veranlassung hier durch Satzung garantiert.

Abbildung 2: Kategoriensystem zur Erfassung von Akteuren und Beziehungen im Bologna-Prozess



Quelle: Nagel 2009: 115

Abbildung 2 fasst das Kategoriensystem zusammen und veranschaulicht seine Aufbau-logik. Ausgehend von Knoke et al. (1996) wurden die Akteure nach Status und Funktion kategorisiert. Dabei meint Status die öffentliche oder private Provenienz eines Akteurs, während Funktion den besonderen inhaltlichen Interessenvertretungsanspruch beschreibt. Auf der rechten Seite finden sich hoheitliche Akteure supranationaler, internationaler, nationaler und subnationaler Provenienz. Auf der linken Seite sind gesellschaftliche Akteure aufgeführt, die verschiedene Sonderinteressen im Bologna-Prozess vertreten. Expertennetzwerke und Q/A-Einrichtungen nehmen eine Art Mittelstellung ein, da sie ihrem Status nach sowohl privat als auch öf-

fentlich sein können.⁵ Grundsätzlich können alle Akteure alle genannten Beziehungen miteinander eingehen. Für die Frage nach funktionaler Differenzierung im Politiknetzwerk sind dabei vor allem Wahlverwandtschaften zwischen bestimmten (Gruppen von) Akteuren und einzelnen Beziehungstypen interessant. Die Beziehungstypen selbst bilden zwei unterschiedliche Logiken von Macht ab: Während Lobby- und Weisungsbeziehungen explizite „power networks“ darstellen, repräsentieren Informations-, Transaktions-, Legitimations- und Kooperationsbeziehungen Ressourcen, aus denen implizit „power in networks“ hervorgehen kann (ebd.: 189f.).

3.4 Kodierung

Aufgrund des Kategoriensystems kann der Dokumentensatz nun kodiert werden. Als Kernstück der inhaltsanalytischen Erhebung von Netzwerkdaten führt die Kodierung quantitative und hermeneutische Forschungsstrategien zusammen. Den Ausgangspunkt bilden die Akteurskategorien. In einem Codebook werden die relevanten Entsprechungen für jede der Kategorien aufgeführt. Jeder dieser Suchbegriffe wird EDV-gestützt im Textkorpus gesucht und markiert. Das Ergebnis ist eine Liste der Nennungen aller für die Fragestellung relevanten Akteure in allen Dokumenten (Retrievals). Bei der Erhebung relationaler Daten geht es indes nicht um Einzelakteure, sondern um die Beziehungen zwischen den Akteuren. Hier setzt die semiotische Methode struktureller Konnotation ein. Entsprechend der zeichentheoretischen Begriffslogik lassen sich drei Analyseschritte unterscheiden: syntaktische Identifikation, semantische Interpretation und pragmatische Validierung.

Die syntaktische Identifikation setzt an der Tatsache an, dass Beziehungen zwischen Akteuren in Texten morphologisch abgebildet sind. Der idealtypische Fall ist die Verbindung Subjekt-Aktion-Objekt (Seibel/Raab 2003: 206). Für jedes Akteurs-Retrieval wird nun geprüft, ob eine syntaktische Verbindung zu einem anderen Akteur besteht. Zur Identifikation des Subjekts (also des Senders) und des Objekts (also des Empfängers) einer Beziehung kann es sinnvoll sein, das Retrieval zu paraphrasieren, um den Verweisungszusammenhang deutlicher zu machen.

5 So sind Akkreditierungsagenturen in Deutschland zum Teil privatrechtlich verfasst, während der nationale Akkreditierungsrat eine staatliche Agentur darstellt

Als Beispiel mag das folgende Retrieval dienen: „The European University Association is currently running, with financial support from the European Commission, the Joint Masters pilot project“ (Reichert/Tauch 2003: 57). Unter relationalen Gesichtspunkten ist hier weniger interessant, dass die EUA ein bestimmtes Programm durchführt, sondern vielmehr, dass sie dafür von der Europäischen Kommission Geld erhält. Das Retrieval lässt sich also wie folgt paraphrasieren: *The Commission provides the EUA with financial support (in order to run the Joint Masters project)*. Damit ist die Europäische Kommission als Sender und die EUA als Empfänger benannt. Es ist ersichtlich, dass die syntaktische Identifikation mehr oder weniger restriktiv gehandhabt werden kann. Dies gilt vor allem für konkludente oder unklare Akteursangaben. Da jedes Beziehungsretrieval über eine Akteursnennung aus dem Codebook aufgefunden wurde, gibt es immer einen klar identifizierbaren Akteur. Für den anderen Akteur der Dyade erscheint eine weitere Kodierung sinnvoll. So wird bei Selbstnennungen („Wir, die Kommission, sind der Meinung, dass ...“) der entsprechende Akteur aus dem Kontext ermittelt. Weiterhin können auch Abstrakta und Kollektivakteure kodiert werden, sofern sie im Kategoriensystem klar zuordenbar sind (etwa „Studierende“, „Hochschulen“ oder „Experten“).

Die syntaktische Identifikation liefert zumeist Dyaden, zuweilen aber auch Triaden oder Teilnetzwerke. Sie manifestiert die äußere Gestalt von Beziehungen, indem sie Sender und Empfänger unterscheiden hilft. Die inhaltliche Einordnung der Beziehungsretrievals ist nun Gegenstand der semantischen Interpretation. Sie stellt den hermeneutischen Kern der Kodierung dar und umfasst die Subsumption der im Vorfeld identifizierten Dyaden unter die Kategoriensysteme von Akteuren und Beziehungen. Das oben genannte Beispiel-Retrieval („The European University Association is currently running, with financial support from the European Commission, the Joint Masters pilot project.“) enthält einen Hochschulverband (EUA) als Empfänger und einen administrativen EU-Akteur (die Europäische Kommission) als Sender. Der Beziehungsinhalt ist „financial support“, es liegt also eine Transaktionsbeziehung vor. Auch hier stellt sich die Frage nach der Standardisierung beziehungsweise der hermeneutischen Tiefe. Für das vorliegende Retrieval könnte man etwa argumentieren, dass finanzielle Unterstützung regelmäßig programmatische Zustimmung zum Ausdruck bringt (Legitimationsbeziehung) oder aber Weisungsbefugnisse begründet (Weisungsbeziehung). Aus Gründen der Reliabilität werden die Beziehun-

gen hier restriktiv kodiert, das heißt es wird nur das ausdrücklich Gesagte zur Interpretation des Beziehungsinhaltes herangezogen.

Politische Kommunikation ist intentional. Daher darf sich die inhaltsanalytische Gewinnung von Netzwerkdaten nicht auf die Form (Syntax) und den Inhalt (Semantik) der Textgestalt von Beziehungen verlassen, sondern muss die jeweilige Sprecherabsicht in Rechnung stellen. Dazu dient der letzte Kodierungsschritt, die pragmatische Validierung. Wie bei den vorangegangenen Kodierungsschritten kann auch hier die hermeneutische Tiefe schwanken zwischen einfachen Schlüsselwörtern als Indikatoren für normative Aussagen und ideologiekritischen Betrachtungen mit der Intensität der Objektiven Hermeneutik (Reichertz 2004). Da der vorliegende Textkorpus sehr umfangreich ist, muss die pragmatische Validierung stark standardisiert betrieben werden. Ein Beispiel ist folgendes Retrieval aus einem Dokument der EUA: „Governments are urged to give universities the autonomy they need to introduce the agreed reforms“ (EUA 2005: 2). Die bloße Übertragung von Autonomie könnte als Transfer institutionellen Kapitals (Legitimationsbeziehung) oder als bürokratische Delegation von Verwaltungsaufgaben (Weisungsbeziehung) betrachtet werden. Die pragmatische Validierung lenkt das Augenmerk indes auf den appellativen Charakter des Retrievals („Governments are urged“). Die Kodierung als manifeste Beziehung verbietet sich, weil der Transfer vollständig in der Forderung aufgeht. Die vermeintliche Legitimationsbeziehung von nationalstaatlichen Akteuren („governments“) auf Hochschulen („universities“) wird nun zu einer Lobbybeziehung von den Hochschulen (hier in Gestalt der EUA) auf nationale Regierungen.

Die drei Schritte semiotischer Kodierung wurden hier analytisch unterschieden, gehen aber in der inhaltsanalytischen Bearbeitung fließend ineinander über. Für die Weiterverarbeitung der Daten, insbesondere für die Extrapolation von Wandel, müssen sie sachgemäß dokumentiert werden. Tabelle 1 zeigt ein exemplarisches Ordnungsschema zur Verwaltung der Retrievaldaten.

Die ersten drei Spalten enthalten Daten zum Dokument. In der ersten Spalte steht die Identifikationsnummer, die zweite Spalte enthält Informationen über den Autor und das Genre, die dritte Spalte schließlich das Veröffentlichungsjahr. Die folgenden Spalten enthalten Angaben zum Retrieval, namentlich den Fundort und das Retrieval selbst. Für jedes Retrieval wurden die bedeutungstragenden Bestandteile hervorgehoben. Die letzten drei

Spalten enthalten dann die eigentliche Kodierung als numerische Zuordnung des Retrievals zu den Kategorien von Akteuren und Beziehungen.

Tabelle 1: Verwaltung von Retrievals

ID	Textkode	Jahr	Seite	Retrieval	Beziehung	Sender	Empfänger
3	4-4	2005	29	„The report from ENQA – the European Association for Quality Assurance in Higher Education – was sent to the BFUG on 21 February 2005“ (BFUG 2005d: 29).	1 (Information)	6	4
14	9-1	2005	2	„Governments are urged to give universities the autonomy they need to introduce the agreed reforms“ (EUA 2005b: 2).	6 (Lobby)	9	5
38	4-4	2005	2	„This [BFUG] project has been funded with support from the European Commission within the framework of the Socrates Programme“ (BFUG 2005b).	2 (Transaktion)	2	4
41	9-4	2001	35	„The project has been based on the final version of the Diploma Supplement jointly developed by the Council of Europe, the European Commission and UNESCO/CEPES“ (Haug/Tauch 2001: 35).	5 (Koope- ration)	2/3	2/3

Quelle: Eigene Darstellung

3.5 Erstellen der Netzwerkmatrizen

Nachdem die Daten durch Kodierung in eine numerische Form gebracht worden sind, müssen sie für die netzwerkanalytische Verarbeitung in einer Matrix arrangiert werden. Anders als bei Attributdaten handelt es sich nicht um eine Akteur-Attributmatrix, sondern um eine so genannte Adjazenzmatrix, also eine quadratische Tabelle mit Akteuren in den Zeilen und in den Spalten. Nun wird für jeden Beziehungstyp und jedes Jahr eine eigene Matrix erstellt. Für den gewählten Erhebungszeitraum ergibt sich daher eine Anzahl von 6 (Beziehungstypen) x 10 (Erhebungsjahre) = 60 Basismatrizen. Da gerade in den früheren Jahren nur wenige Dokumente vorliegen, sind einige Beziehungen hier nicht besetzt. Die entsprechenden Verzerrungen werden mit der Aggregation von Matrizen gemäß den genannten Zeitintervallen (Inkubationsphase: 1997-2000, Etablierungsphase: 2001-2003 und Konsolidierungsphase: 2004-2006) jedoch nivelliert.

Für alle Matrizen gilt, dass reflexive Beziehungen, also Selbstnennungen oder Beziehungen mit Akteuren der gleichen Kategorie, nicht berücksichtigt werden, die Diagonale ist also unbesetzt. Für die Erstellung der Matrizen gilt, dass jede Zeile der Retrievalübersicht eine (oder mehrere) Dyaden repräsentiert. Diese werden nun in die Matrix eingetragen, wobei die Sender in den Zeilen und die Empfänger in den Spalten stehen. Bei Mehrfachnennungen wird die entsprechende Anzahl von Dyaden aufgenommen. Auf diese Weise entstehen gerichtete und gewichtete Netzwerkdaten. Tabelle 2 zeigt beispielhaft die Matrix für Legitimationsbeziehungen in Dokumenten aus dem Jahr 2001.

Die Kürzel in den Zeilen und Spalten stehen für die einzelnen Typen von Akteuren, aus den Zellen ist jeweils zu ersehen, ob eine Beziehung zwischen diesen Akteuren vorliegt oder nicht. In der politischen Kommunikation zum Bologna-Prozess aus dem Jahr 2001 wurden unter anderem fünf Legitimationsbeziehungen administrativer EU-Akteure (Zeile 2) auf Qualitätssicherungseinrichtungen (Spalte 7) kodiert (siehe Hervorhebung). Die umgekehrte Beziehung, Transfers von institutionellem oder symbolischem Kapital von Qualitätssicherungseinrichtungen (Zeile 7) an die supranationale Verwaltung (Spalte 2), wurde dagegen nicht genannt. Dieser Befund verdeutlicht die gerichtete Natur der Daten. Eine Ausnahme bilden lediglich

Tabelle 2: Adjazenzmatrix (Legitimationsbeziehungen 2001)

	EU-POL	EU-ADM	IOS	BOL	NAT	DRI	Q/A	EXP	UNI	STU	PRO	GEW	WRT
EU-POL	X	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
EU-ADM	3	X	0	0	5	0	5	0	0	0	0	1	0
IOS	0	0	X	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
BOL	4	4	2	X	5	0	0	1	1	3	0	1	1
NAT	1	1	4	2	X	0	1	0	5	6	0	0	1
DRI	0	0	0	0	0	X	0	0	0	0	0	0	0
Q/A	0	0	0	0	1	1	X	0	0	0	1	1	1
EXP	0	0	4	0	0	0	0	X	0	0	0	0	0
UNI	0	0	0	1	2	0	1	1	X	0	0	0	0
STU	0	0	0	0	0	0	1	0	0	X	0	0	0
PRO	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	X	0	0
GEW	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	X	0
WRT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	X

Quelle: Eigene Darstellung

Kooperationsbeziehungen, die per definitionem symmetrisch, also ungerichtet sind. Zudem erfasst die Matrix das Legitimationsnetzwerk nicht binär (Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Beziehung), sondern enthält gewichtete Daten.

Wie lassen sich diese Daten interpretieren? Gewiss wäre es überzogen, von der bloßen Anzahl der Nennungen einer Dyade in der politischen Kommunikation auf die Intensität der Beziehung und mithin auf den Grad ihrer Bedeutung für den politischen Aushandlungsprozess zu schließen (Mayring 2003: 14f.). Mit anderen Worten: Die exakte Repräsentation der sozialen Wirklichkeit ist gerade in *policy documents* nicht zu erwarten. Stattdessen soll hier ein pragmatisches Verständnis der prinzipiellen Strukturelevanz politischer Kommunikation zugrunde gelegt werden: Ungeachtet der Frage, ob Zeichen nun soziale Strukturen abbilden oder erst erschaffen, besteht doch eine konstitutive Verbindung zwischen der Strukturwahrnehmung von

Akteuren und ihrer symbolischen Manifestation in Texten. Um der Verzerrung dieser Strukturelevanz in der politischen Kommunikation zu begegnen, kann das gewichtete Netzwerk analytisch als Bedeutungszuschreibungsnetzwerk gehandhabt werden und bietet damit primär Aufschlüsse über die diskursive Relevanz der aufgeführten Beziehungen. Demgegenüber verspricht das dichotomisierte Netzwerk Aufschlüsse darüber, welche Interaktionsmuster in der Debatte überhaupt wahrgenommen werden und eignet sich daher zur Identifikation idealtypischer Positionen und Konfigurationen und ihres Wandels, wie von Scott beschrieben.

3.6 Netzwerkanalyse

Auf der Grundlage der dichotomisierten Matrizen kann nun die netzwerkanalytische Auswertung erfolgen. Dabei ist stets zu berücksichtigen, dass diese Matrizen Typen von Beziehungen zwischen Typen von Akteuren repräsentieren, die Interpretation sollte also *cum grano salis* erfolgen und nicht versuchen, die Suggestionskraft vermeintlich akkurater Maßzahlen auszuspielen.

Wie lassen sich die oben genannten Thesen eines vitalen Strukturwandels und einer kontinuierlichen Stabilisierung und Formalisierung der politischen Interaktion im Bologna-Prozess netzwerkanalytisch messbar machen? Generell ist Stabilisierung gekennzeichnet durch eine Zunahme der Netzwerkinteraktion an Intensität und Vielfalt. Einfache, aber denkbar eingängige Maße dafür sind Dichte und Multiplexität. Im Unterschied dazu zeichnet sich Formalisierung durch die zunehmende Strukturierung der Netzwerkinteraktion um herausgehobene Akteure, also die Zentralisierung des Netzwerks, aus. Auf der Meso- und Mikroebene ist Formalisierung zudem gekennzeichnet durch eine Hierarchisierung des Rollengefüges sowie durch eine Zunahme der funktionalen Differenzierung, also der Spezialisierung verschiedener Typen von Akteuren auf bestimmte politische Ressourcen. Die Hierarchisierung des Rollengefüges lässt sich z.B. durch die Analyse von Blockmodellen anhand der Strukturtypologie von Ronald Breiger erfassen, der idealtypische Figurationen von Blöcken aufgrund ihres Interaktionszusammenhangs klassifiziert hat (Breiger 1979). Funktionale Differenzierung lässt sich hingegen am einfachsten an der *degree*-basierten Zentralität einzelner Akteure ablesen: So waren im Untersuchungszeitraum wenig überraschend Expertengruppen kontinuierlich die wichtigsten Sender

von Informationsbeziehungen, während sie in allen anderen Beziehungsdimensionen nur eine untergeordnete Rolle spielen.

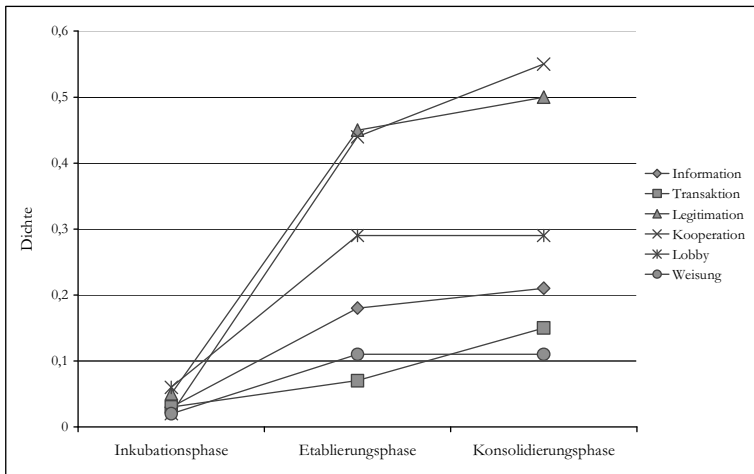
Da in diesem Beitrag die allgemeinen methodischen Erwägungen zur inhaltsanalytischen Erhebung und Verarbeitung von Netzwerkdaten im Vordergrund stehen, beschränke ich mich bei der Ergebnispräsentation unseres Beispielfall auf einige Befunde zur Verdichtung und Zentralisierung. Ausgehend von diesen Ergebnissen werde ich im folgenden Abschnitt die Stärken und Schwächen der hier skizzierten Vorgehensweise kontrastieren, über weitere Anwendungsbereiche jenseits der Politiknetzwerkanalyse nachdenken und einige Anschlussstellen zu neueren Entwicklungen der relationalen Soziologie aufzeigen.

4. ERGEBNISSE ZUM FALLBEISPIEL

Lässt sich die institutionelle Spannung in Politiknetzwerken auf Dauer stellen oder kommt es, wie in anderen sozialen Feldern auch, zu Prozessen der Habitualisierung und Oligarchisierung? Dazu möchte ich im Folgenden einige ausgewählte Ergebnisse berichten.

Abbildung 3 veranschaulicht die Veränderung der Netzwerkdichte in den einzelnen Beziehungsdimensionen. Die Dichte bildet den Anteil aller beobachteten Beziehungen an allen möglichen Beziehungen ab und kann als ein Maß für Intensivierung politischer Interaktion gelten (s.o.). Im Beobachtungszeitraum lässt sich für alle Beziehungstypen eine Zunahme der Dichte feststellen, dabei bestehen allerdings zum Teil erhebliche Unterschiede, was das Niveau und das Ausmaß der Veränderung angeht. So lässt sich für das Kooperations-, Legitimations- und Lobbynetzwerk in der Frühphase des Prozesses ein deutlicher Anstieg der Netzwerkdichte erkennen, der sich im späteren Verlauf abschwächt. Eine ähnliche Entwicklung, allerdings auf insgesamt geringerem Niveau, ist für das Informations-, Transaktions-, und Weisungsnetzwerk zu beobachten. Hinter dieser Verdichtung steht eine Verbreiterung der Teilhabe unterschiedlicher politischer Akteure, die man emphatisch als Demokratisierung des Aushandlungsprozesses interpretieren könnte. Diese Öffnung bleibt allerdings auf voraussetzungsarme diskursive Beziehungen (Legitimation, Lobbyismus) und unspezifische

Abbildung 3: Zunahme der Netzwerkdichte

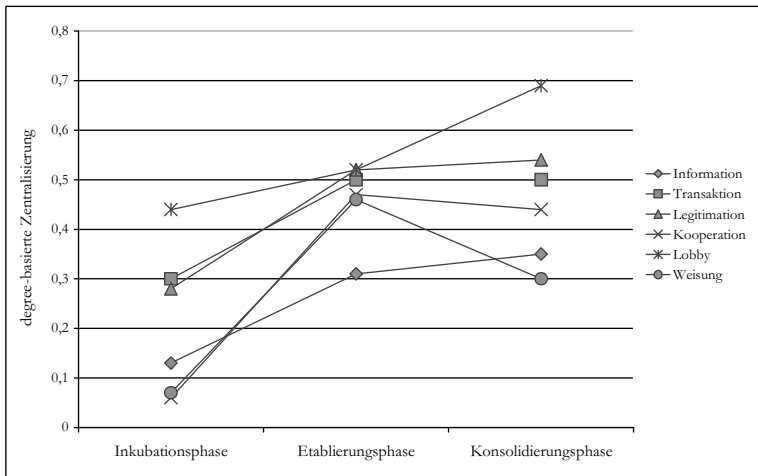


Quelle: Nagel 2009: 219

Kooperationsaussagen beschränkt. Auffällig ist ferner das Muster des Wandels, das nach einem deutlichen Anstieg eine Art Deckelungseffekt zeigt. Dieses Ergebnis könnte indes durch die inhaltsanalytische Erhebung, namentlich die unterschiedliche Verteilung der Dokumente über die Zeit, konfundiert sein, schließlich steigt mit der Anzahl und dem Umfang der Texte auch die Wahrscheinlichkeit, dass bestimmte Dyaden genannt werden. Gegen diese Befürchtung spricht freilich die geringe Veränderung im späteren Prozessverlauf, obwohl Anzahl und Umfang der Dokumente stetig zunehmen (s.o.). Nichtsdestotrotz sollte man die starke Veränderung von der Inkubations- zur Etablierungsphase unter dieser Kautel vorsichtig interpretieren und darüber hinaus auf weitere Stabilisierungsmaße wie etwa die Multiplexität zurückgreifen. Auch wenn auf diese Ergebnisse nicht im Detail eingegangen werden kann, stimmen diese mit den Ergebnissen zur Dichte überein. Es kommt nicht nur zu einer Intensivierung politischer Aktion, sondern zugleich zu einer Vertiefung des Interaktionsspektrums, mithin also zu einer umfassenden Stabilisierungstendenz.

Oligarchisierung umfasst aber nicht nur Prozesse der Verdichtung und Verstetigung, sondern auch die zunehmende Stratifikation sozialer Beziehungen. Ein Ausdruck für diese Formalisierung ist die Zentralisierung des Politiknetzwerkes, also seine Strukturierung um herausgehobene Akteure.

Abbildung 4: Zunahme der Netzwerkzentralisierung



Quelle: Nagel 2009: 219

Abbildung 4 zeigt die Veränderung der Zentralisierung in den einzelnen Beziehungsdimensionen. Das Trenddiagramm zeigt die Veränderung der degree-basierten Zentralisierung der Teilnetzwerke um einzelne herausragende Akteure. Dabei fällt zunächst auf, dass die Unterschiede zwischen den Beziehungstypen geringer sind als bei der Netzwerkdichte. Übereinstimmend mit den Befunden zur Stabilisierung im Gesamtnetzwerk nimmt die Zentralisierung zu Beginn stärker zu, im späteren Verlauf ist die Entwicklung uneinheitlich. In der Etablierungsphase kommt es in allen Beziehungsdimensionen nicht nur zu einer Stabilisierung, sondern auch zu einer Zentralisierung der Interaktion. Besonders deutlich fällt dieser Hierarchisierungstrend bei Weisungs- und Kooperationsbeziehungen aus, geringer dagegen bei den Lobbybeziehungen. Der deutliche Anstieg der Zentralisierung im Weisungsnetzwerk ist darauf zurückzuführen, dass die Nationalstaaten als zentrale Weisungsgeber in der Inkubationsphase in den untersuchten Dokumenten nicht genannt worden sind, vermutlich gerade weil Weisungen von Nationalstaaten an ‚ihre‘ Universitäten den Akteuren zu diesem Zeitpunkt noch selbstverständlich erscheinen mussten.

Schon diese kursorischen Befunde zur Struktur der politischen Interaktion im Bologna-Prozess machen deutlich, dass (i) Politiknetzwerke offenbar einem vitalen Wandel unterliegen und dass (ii) das Grundmuster dieses

Wandels durch Stabilisierung und Formalisierung gekennzeichnet ist. Im Beobachtungszeitraum hat sich der Bologna-Prozess von einer anfangs losen und inklusiven transnationalen Aushandlungsplattform zu einer zunehmend verdichteten supranationalen Organisation entwickelt. Dieser Befund ist aus soziologischer Perspektive keineswegs überraschend, stellt aber eine zentrale Annahme der neueren Steuerungsforschung in Frage, nämlich, dass Politiknetzwerke dauerhaft die Flexibilität und Innovationskraft des Marktes mit der Verbindlichkeit und Implementationskraft des Staates zu verbinden vermögen. Die Implikationen dieser Beobachtung habe ich an anderer Stelle ausführlich erörtert (Nagel 2009: 244ff.), hier möchte ich zum Abschluss stattdessen ein methodologisches Resümee ziehen.

5. METHODISCHE REFLEXION UND FAZIT

Ich habe in diesem Beitrag eine Strategie zur inhaltsanalytischen Erhebung relationaler Daten vorgestellt, mit der sich Strukturwandel in Netzwerken mit relativ geringem Aufwand an Zeit und Geld erheben lässt und die daher auch für Qualifikationsarbeiten oder Projekte, in denen die Netzwerkanalyse nicht die Hauptrolle spielt, geeignet ist. Als Alternativen kommen entweder eine echte Panelerhebung oder retrospektive Befragungen in Betracht.

Andreas Diekmann benennt drei generelle Vorzüge der Inhaltsanalyse gegenüber Formen der direkten Befragung: Vergangenheitsbezug, sozialer Wandel und Nicht-Reaktivität (Diekmann 2002: 487). Im Unterschied zur retrospektiven Befragung muss die Vergangenheit nicht im Interview rekonstruiert, sondern „nur“ aus den Dokumenten extrapoliert werden. Dadurch ist auch die Beobachtung größerer Zeiträume möglich, die bei einem Paneldesign rasch den Rahmen sprengen würden. Da der Forscher nicht direkt mit dem Feld in Kontakt kommt, kann zudem eine verzerrende Wirkung ausgeschlossen werden. Aus diesen Vorzügen ergeben sich allerdings auch Herausforderungen: Der fehlende Kontakt zum Feld und die unter Umständen große zeitliche, räumliche oder sachliche Distanz zum jeweiligen Interaktionszusammenhang können leicht zu Artefakten führen. Zudem kann die Verfügbarkeit und Strukturierung des Textkorpus die Analyse stark beeinflussen: Geschichte wird in der Regel von den Siegern geschrieben, die Strukturwahrnehmung politischer Dissidenten oder religiöser Häre-

tiker wird daher vermutlich einem Sampling-Bias unterliegen. Schließlich steht und fällt die Güte der inhaltsanalytisch gewonnenen Netzwerkdaten mit der Qualität der Kodierung: Die Subsumption komplexer Zusammenhänge unter das eigene Kategoriensystem ist ein einsamer und nicht selten selbstherrlicher Vorgang. Hier können ggf. Verfahren der Interkoderreliabilität Abhilfe schaffen (ebd.: 492f.).

Darüber hinaus ist die Kodierung mit einer Grundsatzentscheidung verbunden, die für die inhaltsanalytische Erhebung relationaler Daten charakteristisch ist und weitreichende Folgen für die Validität und Reliabilität der Ergebnisse hat: Es muss eine Balance zwischen hermeneutischer Tiefe und Standardisierung gefunden werden. Zwischen den Extrempolen einer Tiefenanalyse im Stile Objektiver Hermeneutik und dem automatisierten Abarbeiten eines abgeschlossenen Codebooks sind zahlreiche Nuancen denkbar. So stellt sich bei der semantischen Interpretation die Frage, ob nur ausdrückliche oder auch implizite Beziehungen kodiert werden sollen: Bringt der Transfer von Geld nicht zugleich auch programmatische Anerkennung mit sich, wie es z.B. die universitäre Drittmittelforschung nahelegt? Werden dadurch andererseits nicht auch Rechenschaftspflichten und Weisungsbefugnisse begründet? Es liegt auf der Hand, dass ein kreativer Geist auf diese Weise aus einer einzigen explizit genannten Beziehung einen veritablen Roman machen kann. Die methodische Frage ist nur, ob ein anderer Kodierer die gleichen Schlüsse ziehen würde. Ähnlich verhält es sich bei der pragmatischen Validierung: Es ist ein Kennzeichen der politischen Kommunikation, dass Seins- und Sollensaussagen miteinander verbunden werden. Man muss sich also bei jedem Retrieval fragen, ob tatsächlich bestehende Beziehungen beschrieben werden oder ob sie nur Teil eines Sprechakts sind, der dann seinerseits eine (diskursive) Beziehung zum Adressaten des Dokuments begründen könnte. Es ist offenkundig, dass man diese Würdigung mit mehr oder weniger ideologiekritischem Eifer betreiben kann; das Feld reicht hier von tiefenpsychologischen oder diskursanalytischen Betrachtungen bis zur lexikalischen Festlegung normativer oder konjunktiver Indikatoren („soll“, „würde“). Wie das Verhältnis von hermeneutischer Tiefe und Standardisierung letztlich austariert wird, muss natürlich von Fall zu Fall entschieden werden. Maßgeblich ist das eigene Wissenschaftsverständnis, aber auch das verfügbare Material und Vorwissen. Bei meiner Analyse zum Bologna-Prozess war Komplexitätsreduktion das oberste Gebot, um die Materialfülle überhaupt bewältigen zu können. Mit einem grö-

berem Vorwissen wäre es unter Umständen möglich gewesen, den Textkorpus selbst noch gezielter zusammenzustellen und dafür die einzelnen Dokumente einer genaueren Analyse zu unterziehen.

Schließlich noch ein Wort zur Interpretation und Aussagekraft der Ergebnisse: Relationale Daten, die inhaltsanalytisch erhoben werden, können Aufschlüsse über idealtypische Positionen und Konstellationen geben, sollten jedoch nicht in einem strengen, inferenzstatistischen Sinne interpretiert werden. Gerade weil, mit Franzosi gesprochen, Daten „from word to numbers“ übersetzt werden und dabei Komplexität durch Kodierung verloren geht, sollten sich die Auswertung und Interpretation nicht auf die Suggestionskraft vermeintlich akkurater Maßzahlen stützen. Die Netzwerkanalyse hat hier eher eine heuristische als eine deskriptive Funktion, indem sie durch statistische Aggregation Strukturmerkmale aufdeckt, die eine einfache Inhaltsanalyse nicht ans Licht gebracht hätte (vgl. Seibel/Raab 2003: 223). Eine weitere Kautele betrifft die Strukturelevanz von Texten: Auch wenn Akteure Strukturen wahrnehmen und diese Wahrnehmung schriftlich dokumentiert werden kann, darf die inhaltsanalytische Erhebung von Netzwerkdaten doch keinesfalls von einem schlichten Repräsentationsmodell ausgehen, das gesellschaftliche Wirklichkeit in Texten realistisch abgebildet sieht. Auf der anderen Seite vollzieht sich die politische Kommunikation über Akteure und ihre Beziehungen trotz allem Wunschdenken und verzerrter Wahrnehmung nicht „völlig losgelöst“ von den tatsächlichen Verhältnissen. Für die Verbindung von Netzwerk- und Inhaltsanalyse ergibt sich daraus die Herausforderung, zum einen die Strukturdaten im kommunikativen Hintergrundrauschen zu ermitteln und zum anderen die diskursive Interaktion selbst zum Gegenstand zu machen.

Um einen Ausblick zu wagen: Die inhaltsanalytische Erhebung von Netzwerkdaten birgt bei allen empirischen und epistemologischen Fallstricken noch ein großes Potential, insbesondere für die historische Netzwerkanalyse. Bislang beschränken sich historische Netzwerkstudien v.a. auf standardisierte Quellen wie Listen, Stammbäume oder Korrespondenzen (vgl. z.B. Reupke und Stark in diesem Band). Indes macht die Studie von Seibel und Raab zu Verfolgungsnetzwerken eindrucksvoll deutlich, dass sich auch andere Quellen wie Berichte, Feldpost, Biographien etc. gewinnbringend netzwerkanalytisch auswerten lassen. Ob religiöse Apologetik im Alten Orient, Berichte zur städtischen Kultpraxis in der Spätantike, Inquisitionsprotokolle im Mittelalter, Salondiskussionen in der frühen Neuzeit

oder *Youtube*-Kommunikation im Zeitalter des Web 2.0: Wo immer Menschen schreiben, bringen sie auch ihre Strukturwahrnehmungen zu Papier (Pergament, Papyrus, Holzschnitt), die sich erheben und auswerten lassen. Für die Netzwerkanalyse eröffnet sich auf diese Weise eine Perspektive der *Longue durée*, die auch für die Debatte um Dynamik und Wandel in Netzwerken neue Akzente setzen könnte. Schließlich, aber nicht zuletzt, bietet die Verbindung von Netzwerk- und Inhaltsanalyse die Möglichkeit, die Struktur- und die Sinndimension sozialer Beziehungen zusammen zu berücksichtigen. Diese Verbindung wird in neueren Ansätzen zur relationalen Soziologie immer wieder gefordert, bislang aber nur selten eingelöst. Es wäre also eine folgerichtige Ausweitung der hier skizzierten Forschungsstrategie, den „Strukturgehalt“ und die semantischen Felder relationaler Retrievals gemeinsam zu kodieren, um auf diese Weise „network domains“ als ganze sichtbar zu machen.

LITERATUR

- Balzer, Carolin/Rusconi, Alessandra (2007): „From the commission to the member states and back? A comparison of the Bologna and Bruges-Copenhagen processes“. In: Kerstin Martens/Alessandra Rusconi/Kathrin Leuze (Hg.), *New arenas of educational governance: The impact of international organizations and markets on educational policymaking*, Basingstoke: Palgrave, S. 57-75.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1990): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Bessler, Hansjörg (1973): „Aussagenanalyse“. In: Herbert Blumer (Hg.), *Der methodologische Standpunkt des symbolischen Interaktionismus*, Bielefeld: Bertelsmann Universitätsverlag, S. 80-146.
- Bilandzic, Helena/Koschel, Friederike /Scheufele, Bertram (2004): „Theoretisch-heuristische Segmentierung im Prozeß der empiriegeleiteten Kategorienbildung“. In: Werner Wirth (Hg.), *Inhaltsanalyse. Perspektiven, Probleme, Potentiale*, Köln: Halem, S. 98-116.
- Breiger, Ronald R. (1979): „Toward an operational theory of community elite structures“. In: *Quality and Quantity* 13, S. 21-57.
- Carley, Kathleen M. (1997): „Network text analysis: The network position of concepts“. In: Carl Roberts (Hg.), *Text Analysis for the social sci-*

- ences: Methods for drawing statistical inferences from texts and transcript, Mahwah: Lawrence Erlbaum, S. 79-100.
- Diekmann, Andreas (2002): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Hamburg: Rowohlt.
- Emirbayer, Mustafa (1997): „Manifesto for a relational sociology“. In: *American Journal of Sociology* 103, S. 281-317.
- EUA (2005): *Glasgow declaration: Strong universities for a strong Europe*, Brussels:
- Franzosi, Roberto (2004): *From words to numbers. Narrative, data, and social science*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Gebauer, Annetkatrin (2003): „Apokalyptik und Eschatologie. Zum Politikverständnis der Grünen in ihrer Gründungsphase“. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 43, S. 405-420.
- Henning, Martina (2006): „Die Netzwerkanalyse literarischer Texte – am Beispiel Thomas Manns „Der Zauberberg““. In: Betina Holstein/Florian Straus (Hg.), *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 465-480.
- Jansen, Dorothea (2003): *Einführung in die Netzwerkanalyse*, Opladen: Leske + Budrich.
- Kaufmann, Jean-Claude (1994): *Schmutzige Wäsche. Zur ehelichen Konstruktion von Alltag*, Konstanz: UVK.
- Kenis, Patrick/Schneider, Volker (1991): „Policy networks and policy analysis: Scrutinizing a new analytical toolbox“. In: Bernd Marin/Renate Mayntz (Hg.), *Policy networks: Empirical evidence and theoretical considerations*, Frankfurt: Campus, S. 25-59.
- Knoke, David/Pappi, Franz U./Broadbent, Jeffrey/Tsujinaka, Yutaka (1996): *Comparing policy networks: Labor politics in the U.S., Germany, and Japan*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Laumann, Edward O./Knoke, David (1987): *The organizational state: Social change in national policy domains*, Madison: Wisconsin University Press.
- Lepsius, M. Rainer (1997): „Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien“. In: Gerhard Göhler (Hg.), *Institutionenwandel*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 57-69.
- Lubbers, Miranda J. /Molina, José Luis/Lerner, Jürgen/Brandes, Ulrik/Ávila, Javier/McCarty, Christopher (2010): „Longitudinal analysis of per-

- sonal networks: The case of Argentinean migrants in Spain“. In: *Social Networks* 32, S. 91-104.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (1995): „Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren“. In: Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt am Main: Campus, S. 9-38.
- Mayring, Philipp (2003): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Weinheim, Basel: Beltz.
- Merten, Klaus (1995): *Inhaltsanalyse: Einführung in Theorie, Methode und Praxis*, Opladen: Leske + Budrich.
- Mützel, Sophie/Fuhse, Jan (2010): „Einleitung: Zur relationalen Soziologie. Grundgedanken, Entwicklungslinien und transatlantische Brückenschläge“. In: Jan Fuhse/Sophie Mützel (Hg.), *Relationale Soziologie: Zur kulturellen Wende der Netzwerkforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-36.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2006): *Der Bologna-Prozess als Politiknetzwerk: Akteure, Beziehungen, Perspektiven*, Wiesbaden: DUV.
- Ders. (2008): „Europa wider den Antichrist: Politische Apokalyptik zwischen Innovation und Institutionalisierung“. In: *Zeitschrift für Religionswissenschaft* 16, S. 133-156.
- Ders. (2009): *Politiknetzwerke und politische Steuerung: Institutioneller Wandel am Beispiel des Bologna Prozesses.*, Frankfurt am Main: Campus.
- Osgood, Charles E. (1952): „The nature of measurement of meaning“. In: *Psychological Bulletin* 49, S. 197-237.
- Reichert, Sybille/Tauch, Christian (2003): *Trends 2003: Progress towards the European higher education area*, Brussels: European University Association (EUA).
- Reichert, Jo (2004): „Objective hermeneutics and hermeneutic sociology of knowledge“. In: Uwe Flick/Ernst von Kardorff/Ines Steinke (Hg.), *A companion to qualitative research*, London: Sage Publications, S. 290-295.
- Schelsky, Helmut (1957): „Ist die Dauerreflektion institutionalisierbar? Zum Thema einer modernen Religionssoziologie“. In: *Zeitschrift für evangelische Ethik* 1, S. 153-174.
- Scott, John (2003): *Social network analysis: A handbook*, London: Sage.

- Segert, Astrid/Zierke, Irene (2004): *Ländliche Netzwerke: Institutionalisierungsprozesse und Milieuformationen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seibel, Wolfgang/Raab, Jörg (2003): „Verfolgungsnetzwerke: Zur Messung von Arbeitsteilung und Machtdifferenzen in den Verfolgungsapparaten des Holocaust“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55, S. 197-230.
- Suitor, Jill J./Wellmann, Barry/Morgan, David L. (1997): „It’s about time: How, why, and when networks change“. In: *Social Networks* 19, S. 1-7.
- Toens, Katrin (2007): „Die Sorbonne-Deklaration. Hintergründe und Bedeutung für den Bologna-Prozess“. In: *Die Hochschule* 16, S. 37-53.
- Wäs, Michael/Knecht, Andrea (2010): „Die Entwicklung von negativen Beziehungen in Schulklassen“. In: Christian Stegbauer (Hg.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie: Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 373-384.
- Wasserman, Stanley/Faust, Katherine (1995): *Social network analysis: Methods and applications*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Weymann, Ansgar (1973): „Bedeutungsfeldanalyse: Versuch eines neuen Verfahrens der Inhaltsanalyse. Am Beispiel der Erwachsenenbildung“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 25, S. 761-776.